



Friedrich Graffe
Sozialreferent

Herrn Stadtrat Hans Podiuk
Frau Stadträtin Gisela Oberloher
Stadtratsfraktion der CSU

Rathaus

06.03.2006

Was kostet Mehmet den Steuerzahler?

Ihre schriftliche Anfrage vom 24.01.2006
Gz.: S-II-E/F2/L

Sehr geehrte Frau Stadträtin Oberloher,
sehr geehrter Herr Stadtrat Podiuk,

in Ihrer oben genannten Anfrage nehmen Sie Bezug auf Medienberichte, nach denen Herr Muhlis A., genannt „Mehmet“, München verlassen hat und erbitten Auskunft über die Transferleistungen, die er erhalten hat.

Zu Ihrer Anfrage nimmt das Sozialreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeister wie folgt Stellung:

Das Sozialreferat hat Verständnis dafür, dass ein Informationsbedürfnis besteht, ob und in welcher Höhe Zahlungen für Herrn A. geleistet wurden. Dem stehen jedoch die Vorschriften des Datenschutzes entgegen, die eine Weitergabe von Sozialdaten und personenbezogenen Daten nur dann ermöglichen, wenn eine Offenbarungsbefugnis vorliegt. Das Gesetz sieht keine Offenbarungsbefugnis zugunsten einzelner Stadtratsmitglieder vor, so dass eine Beantwortung der Fragen rechtswidrig wäre und daher nicht möglich ist.

Frage 1:

Wie viel Geld mussten die Steuerzahler bisher zur Finanzierung des Lebens von Mehmet

- a) im Rahmen der Jugendhilfe,
- b) im Zusammenhang mit Untersuchungshaft bzw. Strafvollzug und Abschiebung,
- c) im Rahmen der Sozialhilfe/Hartz IV aufbringen?

Antwort:

Aus datenschutzrechtlichen Gründen ist die Beantwortung der Fragen 1 a) bis 1 c) nicht möglich.

Frage 2:

Wie viele vergleichbare Fälle gibt es in München und wie viel Geld wurde dabei bereits investiert?

Antwort:

Da es sich bei den Fällen der Jugendhilfe und Jugendgerichtshilfe um individuell zu betrachtende Fälle handelt, können diese nicht miteinander verglichen werden. Bei „Mehmet“ handelt es sich daher um einen besonders gelagerten Fall, der mit anderen nicht gleich zu setzen ist. Beim Amt für Soziale Sicherung liegen keine Daten über straffällige Hilfebedürftige vor.

Mit freundlichen Grüßen

Friedrich Graffe